Kurzbericht

Ausschuss für Wissenschaft und Kultur

(43. - öffentliche - Sitzung am 22. Februar 2021)

Beratungsthemen:

 Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der im Jahr 2017 erfolgten Gremienwahl an der Leuphana Universität Lüneburg, insbesondere zu den Auswirkungen des Urteils des Verwaltungsgerichts Lüneburg vom 28.11.2019 (Az. 6 A 84/18)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. Koloniales Erbe - gesellschafts- und kulturpolitische Aufarbeitung in Niedersachsen weiter verstärken

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/7283

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer seiner nächsten Sitzungen unter Hinzuziehung des Georg-Eckert-Instituts (GEI) und des Landesmuseums Hannover ergänzend zu dem Antrag zu unterrichten.

3. Weiterbildung an Hochschulen

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/7810

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und kam überein, die Beratung in seiner nächsten Sitzung am 8. März 2021 fortzusetzen.

4. a) Forschung in Niedersachsen stärken - Lehren aus der Covid-19-Pandemie ziehen und handeln

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/6825

b) Forschung zur Infektionsgefahr in Innenräumen

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/6887

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und kam überein, die Beratung in seiner nächsten Sitzung am 8. März 2021 fortzusetzen.

5. Grundbildung fördern, Analphabetismus bekämpfen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/6760

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -Enthaltung: -

Nicht anwesend: GRÜNE

6. Aufstieg durch Leistung - Chancen für alle: für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Hochschulpolitik

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/8490

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über den aktuellen

Sachstand möglichst in seiner nächsten Sitzung am 8. März 2021.